

RENTE MUSS

FÜR EIN GUTES LEBEN

REICHEN

AUCH BEI GERINGEM
EINKOMMEN
UND LÜCKEN IM
ERWERBSLEBEN

**KURSWECHSEL:
DIE GESETZLICHE
RENTE STÄRKEN!**

ver.di

Atypisch wird für viele normal

Minijobs, Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Praktika und Befristungen haben die Arbeitswelt zwar flexibler gemacht, aber vielfach zum Nachteil der Kolleginnen und Kollegen in atypischer Beschäftigung. Auch die Entwicklung am Arbeitsmarkt macht wenig Hoffnung. Die Arbeitslosigkeit geht zwar zurück, aber zugleich sind rund eine Million Menschen langfristig ohne Beschäftigung. Und die Zahl der Ganztagsjobs ist gesunken, während immer mehr Teilzeitstellen entstehen. Etwa ein Drittel der Beschäftigten arbeitet heute in sogenannten atypischen, häufig prekären Beschäftigungsverhältnissen – zum Großteil Frauen. Auch Selbstständige können prekär beschäftigt sein, etwa wenn sie als Scheinselbstständige von nur einem Auftraggeber abhängig sind. Prekär Beschäftigte zahlen einen hohen Preis im Erwerbsleben, aber auch bei der Altersversorgung.

Seit Jahren sind die Renten im Sinkflug und inzwischen droht vielen Beschäftigten, selbst wenn sie durchschnittlich verdienen und Jahrzehnte lang in die Rentenversicherung einzahlen, ein Alter in Armut und Abhängigkeit von staatlicher Hilfe. Deshalb haben alle Gewerkschaften im DGB eine Rentenkampagne gestartet, mit der wir einen echten Kurswechsel bei der Rentenpolitik erreichen wollen. Wir fordern: Die Rente muss für ein gutes Leben reichen!

Auf prekäre Arbeit folgt Armut im Alter


Die individuelle Altersversorgung bemisst sich nach Höhe und Dauer der im Erwerbsleben gezahlten Beiträge. Einfache Beispiele zeigen, dass auf niedrigen Verdienst beinahe zwangsläufig Altersarmut folgt:

- Wer den gesetzlichen Mindestlohn von 8,84 Euro in einem Vollzeitjob erhält, erwirbt nach heutigen Werten pro Arbeitsjahr einen Rentenanspruch von rund 15 Euro. Vereinfacht lässt sich sagen: 40 Jahre Arbeit zum heutigen Mindestlohn ergeben eine Nettorente (abzüglich Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge) vor Steuern von 520 Euro.
- Besonders problematisch sind auch Lücken im Erwerbsleben wie Arbeitslosigkeit, Erziehungs- und Pflegezeiten.
- Bei Teilzeitarbeit sieht es nicht besser aus. Wer nur einen Teilzeitjob bei 20 Wochenstunden von 15 Euro hat und damit monatlich 1.290 Euro erhält, kommt nach 40 Jahren auf eine Nettorente vor Steuern von 463 Euro.
- Wer einen 450 Euro-Minijob rentenversicherungspflichtig 40 Jahre lang ausübt, erwirbt aktuell eine Nettorente vor Steuern von 161 Euro. Um eine Grundsicherung von netto 750 Euro zu erreichen, müsste dieser Minijob rund 190 Jahre ausgeübt werden.

Verbreitung und Höhe der Renten in den 3 Säulen			
		Frauen	Männer
Gesetzliche Rente	Über 65-Jährige mit eigener Rente, aBL	87 %	88 %
	nBL	99 %	99 %
Betriebsrente Privat- wirtschaft	Über 65-Jährige, Verbreitung aBL	8 %	31 %
	nBL	1 %	5 %
Private Renten	Über 65-Jährige, Verbreitung aBL	3 %	4 %
	nBL	1 %	2 %

Quelle: Bundesregierung 2016a, Tabelle B.2.1. und Tabelle BC 8/9;
DRV Bund 2016, S. 124/125

Dies zeigt, dass sozial nicht oder ungenügend abgesicherte Jobs, gewollte oder unfreiwillige Teilzeitarbeit und ein geringes Entgelt zu niedrigen Alterseinkommen aus der gesetzlichen Rentenversicherung führen. Besonders bei Frauen kommen oftmals mehrere Faktoren zusammen, aber auch immer mehr

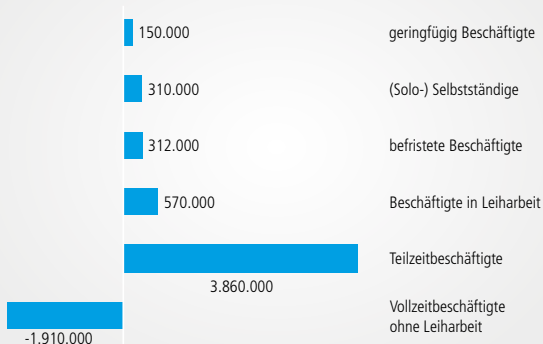
A man with dark hair and a slight smile is sitting in a red chair. He is wearing a dark, patterned button-down shirt. Behind him is a metal grid or fence. The background is blurred, showing what appears to be a store or office setting with shelves and various items.

Auf prekäre Arbeit
folgt Altersarmut –
deshalb müssen wir
jetzt handeln!

Männer sind prekär beschäftigt. Und für alle gering Verdienenden gilt: Die gesetzliche Rente ist in der Regel die einzige Quelle der Altersversorgung und ihre Höhe deshalb entscheidend. Denn wer prekär mit geringem Einkommen beschäftigt ist, hat in der Regel keine betriebliche Altersversorgung und kann auch nicht noch privat vorsorgen.

Mehr Beschäftigung – aber welche?

Veränderung der Erwerbstätigkeit von 2000 bis 2015



ver.di INFO GRAFIK www.wipo.verdi.de

Quelle: Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, Statistisches Bundesamt.

Unsere Forderungen – was sich dringend ändern muss

Immer mehr Menschen im Rentenalter und Erwerbsgeminderte sind auf Sozialleistungen angewiesen. Die Rentenpolitik der vergangenen Jahre treibt immer mehr Menschen in diese schwierige Situation. Ende 2015 war die Zahl derer, die Grundversicherung bezogen, schon auf über 1 Million gestiegen.

3,2 Prozent der Frauen und 2,7 Prozent der Männer brauchen jetzt schon staatliche Hilfe für das Nötigste. Hinzu kommt: Die Dunkelziffer derjenigen, die ihre Ansprüche nicht geltend machen, ist hoch.

Das gesetzliche Rentenniveau ist jetzt schon auf unter 48 Prozent gesunken und droht unter 43 Prozent zu sinken. Wir wollen die Stabilisierung des Niveaus bei 48 Prozent und im nächsten Schritt eine Wiederanhebung auf rund 50 Prozent. Hinzukommen muss eine Aufwertung von geringen Renten und Erwerbsminderungsrenten auf eine deutlich über der Grundsicherung liegende Höhe. Und: Zeiten von Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeit bei geringen Einkommen müssen spürbar rentenwirksamer angerechnet werden.

Zugleich muss der Kampf um bessere soziale Absicherung und Bezahlung bei den prekären Beschäftigungsverhältnissen weitergehen, denn bessere Bezahlung ist Voraussetzung für bessere Renten. Deshalb muss der Mindestlohn steigen und regelmäßig erhöht werden. Außerdem müssen Niedriglöhne im Rahmen einer erweiterten Tarifbindung erhöht und die Arbeitsvermittlung auf Nachhaltigkeit und Qualifizierung ausgerichtet werden. Gute Arbeit, gute Löhne, gute Renten – das ist unser Dreiklang für ein gutes Leben.

Mitmachen lohnt sich – das zeigen erste Erfolge

Kurz nach dem Start unserer Kampagne ist schon deutlich Bewegung in die Rentenpolitik gekommen. Die Regierungsparteien haben sich auf eine stärkere Förderung der betrieblichen Altersversorgung, auf höhere Erwerbsminderungsrenten und die Angleichung der Renten zwischen Ost und West verständigt. Da geht manches in die richtige Richtung, aber leider nicht weit und nicht schnell genug. Deshalb gilt: Wer will, dass die vorliegenden Konzepte auch für Geringverdienende entscheidend verbessert und dann wirklich Gesetz werden, muss jetzt die Forderungen der Gewerkschaften unterstützen. Und wie sich die Parteien dazu positionieren, muss die Entscheidung bei der Bundestagswahl beeinflussen.

VER.DI FORDERT:

**Gesetzliches
Rentenniveau
stabilisieren
und anheben**

**Unzureichende
Renten aufwerten**

**Rente muss
für ein Leben in
Würde reichen**

**KURSWECHSEL:
DIE GESETZLICHE
RENTE STÄRKEN!**

rente-muss-reichen.de
rente-staerken.verdi.de

ver.di